

Bei aller Notwendigkeit zur Schaffung von neuen zukunfts-sicheren Arbeitsplätzen muss bei allen Industrieansiedlungen größtmöglicher Umweltschutz gewahrt sein.

- Vor der Bebauung von schützenswerten Freiflächen sind Alternativen umfassend zu prüfen, deren Ergebnisse und eine Ökologiebilanz zu veröffentlichen.

- Wir fordern die Aufstellung eines öffentlich einsehba-ren Altflächenkatasters, das die Alternativen für Gewerbe-ansiedlungen aufzeigt. Für verursachte Bodenbelastungen und deren Entsorgung sind die Verursacher in Verantwortung zu nehmen.

Unser besonderes Augenmerk gilt der vernünftigen Flächen-nutzung durch Gewerbegebiete, Straßen- und Wohn-bau. Weitere Flächenversiegelung sollte möglichst unterbleiben. Ständig werden an den Stadträndern auf Kosten von naturnahen Flächen Wohngebiete ausgewiesen. Damit der ruinöse, profitgetriebene Wettbewerb um günstige Wohn- und Gewerbeflächen unterbleibt, muss mit den Umlandgemeinden ein Bebauungsplan erstellt werden. Ökologische Aspekte, wie schützenswerte Ma-gerrasenflächen oder Flussniederungen als Hochwasser-schutzgebiet, sind zu berücksichtigen

9. Für eine Verkehrspolitik, die den Menschen dient

Wie alle Großstädte ist auch Fürth von Luftverschmutzung und den Folgen des Klimawandels betroffen. Am härtesten trifft es diejenigen Menschen, die an Durchgangsstraßen wohnen und es sich nicht leisten können, woanders hinzu-ziehen. Die Armen sind die ersten Opfer. Deshalb setzen wir uns für einen umweltverträglichen Ausbau des öffent-lichen Nahverkehrs ein.

- Busse müssen auf Erdgasantrieb oder klimaneutrale Antriebssysteme umgerüstet werden. Die Pendlerströme sollen vom Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel umgelenkt werden. Dies kann insbesondere durch eine Verbesserung der Taktzeiten der Buslinien erreicht wer-den. Auch während der Woche sollte der Nightliner fah-ren. Die in den letzten Jahren durch die Stadtratsmehrheit herbeigeführten Verschlechterungen, durch das Streichen von Linien in diesem Bereich, haben zu einem massiven Rückgang der Fahrgastzahlen geführt.

- Langfristig ist eine Verkehrsminderung unabdingbar. Stadtplanerisch müssen die Wege zwischen Wohn-, Ar-beits- und Freizeitstätten minimiert werden.

- Durch verbesserte Versorgung durch den VGN, eine Vernetzung der Linien und die Einrichtung von P+R Plätzen soll der Fahrzeugverkehr reduziert werden. Die Einführung attraktiver und flexibler Tarifangebote für Familien, **Frau-en, allein stehende Geringverdiener (mit und ohne Kinder)** und Wenigfahrer sind sinnvoll. Ein Semesterticket, das nur die für die Verkehrsanbindung Fürth-Nürnberg oder Fürth-Erlangen gilt, ist dem derzeitigen teureren Kombiticket als

Alternative anzubieten.

- Wir fordern ein Sozialticket für sozial benachteilig-te Menschen, das nicht mehr als 18 € betragen soll. Fahrpreiserhöhungen lehnen wir ab. Busse, Bahnen und Bahnhöfe sind familienfreundlich und behindertengerecht zu gestalten.

- Die Radwege sind weiter auszubauen und zu sichern. Ein ICE-Halt in Fürth wäre ein gutes Angebot zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel.

10. Kommunale Kulturpolitik

Fürth leistet sich zwei große Theater, für deren Er-halt die Stadt sehr viel Geld bezahlt. Aufgrund der hohen Eintrittspreise können Leute mit geringem Einkommen selten oder gar nicht hingehen. Kleine Vereine wie z.B. das TKKG müssen mit jedem Euro rechnen, und es ist immer noch zu wenig. Kulturpolitik in Fürth muss wieder stärker die so genannte Alternativ-Kul-tur und die soziale Kultur unterstützen.

Die ständigen Sparrunden müssen unterbleiben. Kultur ist für **DIE LINKE. ORTSVERBAND FÜRTH** keine Restgröße. Vielmehr ist Kultur als wesentliches Element der Stadtge-sellschaft zu begreifen, die Solidarität und Sinn stiftet. In der Kulturpolitik müssen Menschen mit Migrationshinter-grund stärker berücksichtigt werden.

Wir befürworten den Ausbau des Playmobilstadions, das für eine große Anzahl Fürther Fans bedeutend ist. Nicht zu vergessen ist aber auch der Massensport, bei dem mit kleineren Summen die gesunde Freizeitbeschäftigung der Fürther gefördert wird.

11. Fürth braucht öffentliches Eigentum!

Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums! Wohnen, Gesundheit, Kultur, Bildung, Energie- und Wasserwirtschaft sowie öffentlicher Nahverkehr dienen der Daseinsvorsorge und dürfen nicht den Marktgesetzen unterworfen werden. Das kann gelingen: Im Falle der städ-tischen Abwasserentsorgung ist es dem Wasserbündnis gelungen eine Privatisierung zu verhindern.

- Das Fürther Klinikum darf nicht privatisiert werden. Die angespannte Lage im Klinikum Fürth muss überwun-den werden: Zurzeit verzichten 1600 Mitarbeiter bis Ende 2009 pro Person und Jahr auf 1177 €. Wir werden uns für die KollegInnen einsetzen. Der Kürzungsbeschluss für die Löhne muss rückgängig gemacht werden.

- Der Einfluss von Großkonzernen, wie e.on oder Hoch-tief auf städtische Betriebe muss zurückgedrängt werden. Städtisches Eigentum und Grundbesitz, dürfen den Fürther Bürgerinnen und Bürgern nicht verloren gehen.

- Die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Energie und Entsorgung von Abwasser und Müll muss in der Hand der Stadt bleiben bzw. wieder der Stadt gehören. Eine Pri-vatisierung dient dem Profit von Konzernen und nicht der öffentlichen Daseinsvorsorge.

- Die Stadt Fürth darf keine Projekte in öffentlichen pri-vaten Partnerschaften (PPP) zur Schulsanierung anstre-ben. Die Schulsanierungen sind in städtischer Eigenregie unter Einbeziehung der örtlichen Betriebe durchzuführen.

- Die Schulen müssen in städtischer Hand bleiben. Auch die Instandhaltung durch private Investoren bei späterer Ratenrückzahlung (PPP) ist abzulehnen, da andernorts schon keine Vorteile erkennbar waren. Diese Praxis verschleiert Kredite nur kurzfristig, belastet Fürth über Generationen mit Folgekosten und schränkt die kommunale Selbstverwaltung ein. Gewinner sind dabei nur Großkonzerne und Beratungsfirmen.

Fürth feiert seine 1000-jährige Geschichte. Eine Geschichte von wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen – aber auch eine Geschichte von Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit und wachsender sozialer Unsicherheit.

Trotz steigender Umsätze und wachsender Gewinne leben Familien in Not und Perspektivlosigkeit. Folgen einer neoliberalen Politik, die Unternehmenssteuern ständig senkt und Städte und Gemeinden den „Sachzwang leerer Kassen“ beschert.

Doch auch das was Städte und Gemeinden noch leisten können, dient häufig nicht dem sozialen Zusammenleben und Ausgleich.

Dagegen tritt die Linke an! Wir wollen eine Gesellschaft, in der der Schwache nicht schutzlos, der Einzelne nicht allein, der Fremde nicht ausgestoßen und der Abhängige nicht wehrlos ist. Wir wollen einen Staat, der für die Menschen einen dauerhaften Schutz in großen Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut bietet. Wir wollen Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.

Und in der Stadt fangen wir damit an: Nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten!

Die Linke hat viel vor:

Deshalb bitten wir Euch um Eintragung beim Wahlamt, damit wir nach dem Bayerischen Gesetz bei der Kommunalwahl antreten dürfen.

Gebt uns am 3. März Eure Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Hier ist



Am 02. März 2008 kommen wir in den Fürther Stadtrat, weil wir gegen Sozialabbau, gegen Armut und insbesondere gegen den Skandal der Kinderarmut kämpfen. Dafür haben wir ein 11 - Punkte - Aktionsprogramm geschrieben. Hier der aktuelle Stand; wir diskutieren und entwickeln weiter.

Prüfen Sie unsere Positionen, sprechen Sie mit uns an unseren Informationsständen, lernen Sie unsere KandidatInnen kennen und geben Sie uns Ihre Stimme. Wir halten, was wir versprechen.

DIE LINKE. ORTSVERBAND FÜRTH im Kreisverband Nürnberg/Fürth

DIE LINKE. Ortsverband Fürth

Soziales hat Vorrang Die Linke. in den Stadtrat

11 Punkte für unsere Stadt

1. Fürth braucht Geld für Soziales - menschenwürdige Lebensbedingungen für Alle

Fürth muss sich im Städtetag und auf Landes- und Bundesebene stärker für eine Gemeindefinanzreform einsetzen, die eine solide Finanzbasis für die kommunalen Aufgaben schafft. Dazu gehört auch die Verbreiterung der Gewerbesteuerbasis. Selbständige und Freiberufler müssen unter Einhaltung von Freibeträgen einbezogen werden. Die Wiedererhebung einer reformierten Vermögenssteuer. Denn auch große Vermögen müssen einen Beitrag für das Gemeinwesen leisten!

Fürth muss sich entscheiden, wofür kommunale Finanzen ausgegeben werden: Für die Mitfinanzierung von Großprojekten wie dem geplanten Brunnen an der Billinganlage, die Finanzierung des Eingangsbereiches des künftigen Saturn-Elektromarktes und Events, oder aber für wichtigere Projekte für ALG II-Empfänger sowie die Sicherstellung und die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Fürther mit Kindertagesstätten, Schulen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, Seniorenbetreuung und Wohnungen.

Für die **DIE LINKE.** ORTSVERBAND FÜRTH hat Soziales Vorrang – deshalb unterstützen wir auch die Forderungen des Sozialforums:

Wir fordern:

- Arbeitslose, prekär Beschäftigte und Bezieher von Grundsicherungen haben ein Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben. Sie sollen mit einer 18 € - Mobicard im Bereich Nürnberg - Fürth fahren dürfen und einen stark ermäßigten Eintritt in den Fürther Bädern erhalten.

- Unterstützung für Wohlfahrtseinrichtungen wie die Wärmstube und die Fürther Tafel . *Durch die Auswirkung der Hartz IV – Gesetze und die Inflation steigt die Anzahl der Hilfebedürftigen.*

- *Kostenfreie Grundausrüstung mit Lehrmitteln und die Erstausrüstung für ABC-Schützen, von Eltern mit geringem Einkommen, sind von der Stadt in Form von Gutscheinen zu übernehmen.*

- Übernahme von Essenkosten ganz oder teilweise für Kinder von ALG II - Empfängern, *soweit sie nicht anderweitig getragen werden.*

- *Ein nichtanrechenbares Unterstützungsgeld angelehnt an das in Betrieben gezahlte Weihnachtsgeld.???*

- Erweiterung der Sozialpass-Leistungen für Kultur, Schwimmbad, Sportvereine Abendschule und Museen.

- Die Einrichtung einer kommunalen Schuldnerberatung, *die den Rückzug der bayerischen Staatsregierung kompensiert.???* Die Überschuldung vieler Menschen wächst ständig.

- *Mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit für Patienten und Personal im gesamten Pflegebereich.*

- Die Anzahl der Fach- und Hilfskräfte muss dem tatsächlichen Pflegeaufwand angemessen sein.

- Überprüfungen der Wirtschaftlichkeit von Baumaßnahmen in Pflegebereichen, die durch öffentliche Gelder gefördert werden.

- Einrichtung einer öffentlichen Beschwerdestelle für Patienten und Personal der Seniorenheime und des Klinikums in Fürth.

- Der behindertengerechte Ausbau von Straßen, Wegen, Wohnungen und öffentlichen Gebäuden ist gesetzlich vorgeschrieben. Alle neuen und alten Projekte sind nachzuprüfen, ob sie den Anforderungen standhalten.

2. Fürth braucht sichere Arbeitsplätze und einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst

In Fürth sind mehr als 9500 Personen arbeitslose Menschen offiziell registriert. Viele andere sind in der Statistik gar nicht mehr erfasst. Weit über tausend Menschen arbeiten in Leiharbeit oder in prekären Minijobs. Gegen diese soziale Unsicherheit helfen nur dauerhafte und unbefristete Beschäftigungsverhältnisse. Die Ansiedlung neuer Betriebe ist wichtig, um die so dringend benötigten Arbeitsplätze zu schaffen. Aber eine Ansiedlung unter jeder Bedingung darf es nicht geben. Bei zukünftigen Investitionen sind klare Auflagen hinsichtlich Volkswirtschaftlichkeit, der Arbeitsplätze und der ökologischen Faktoren zu formulieren.

Wir wollen keinen Lohn unter 8 €. Wir wollen keine verdeckte Förderung von Billiglöhnen. Deshalb ist bei der Vergabe öffentlicher Aufträge konsequent zu kontrollieren, dass sich die Unternehmen an das tarifliche Arbeitsentgelt und die sozialen und ökologischen Vorgaben halten. Betriebe, die ausreichend beruflich ausbilden, müssen bei städtischen Aufträgen bevorzugt werden.

Wir fordern und unterstützen:

- Die Entwicklung von tarifkonformen Lösungen für Betriebe oder Betriebsteile, deren Beschäftigte durch Schließung oder von Verlagerung bedroht sind. Die Gewerkschaften sind dabei von der ersten Stunde an einzubeziehen.

- Den Ausstieg aus der Praxis der 1-€-Jobs. Sie sollen in reguläre Arbeitsplätze umgewandelt werden.

- Die Ausrichtung der Vergabepolitik auf die Region,-damit Steuern und Kaufkraft hier gebunden werden. Wenn die Kaufkraft wächst, steigen auch die Umsätze des Handels und die Innenstadt gewinnt an Attraktivität. Statt der von CSU und SPD versprochenen aufblühenden Innenstadt verfällt die Einkaufsstruktur zunehmend. 1-€-Shops und Telefonhändler bestimmen das Bild.

- Die Einrichtung eines Sozialkaufhauses in der Fürther Innenstadt, nach dem Vorbild anderer Städte und Gemeinden. Damit kann die Versorgung von Menschen in den unteren Einkommensbereichen verbessert werden, die Nachfrage in der Innenstadt belebt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist die bessere Alternative zu Gebrauchtgüterhöfen in kaum erreichbaren Randgebieten.

- 2006 hat das Bayerische Kabinett der Stadt Fürth den Titel „Universitätsstandort“ verliehen und anlässlich der 1000 Jahrfeier 2007 erhielt Fürth als einzige Stadt Bayerns den Titel „Wissenschaftsstadt“. 180 Ortschilder wurden mit hohem Kostenaufwand ausgetauscht. Die Linke tritt für *sinnvollere* Investitionen ein, die die Arbeitslosigkeit und den Mangel an Ausbildungsplätzen abbauen helfen. Hochschulbildungseinrichtungen, beispielsweise ein Lehrstuhl, sind aktive Bildungspolitik. Hauptschulabsolventen und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben besondere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Auch hier muss die Stadt aktiv werden!

- Wir fordern eine städtische Initiative für die Schaffung eines Ausbildungsverbundes. Viele kleine und mittlere Betriebe wären bereit auszubilden, sind aber eigenständig dazu nicht in der Lage. Die Schaffung einer überbetrieblichen Ausbildungsleitung unter Einbeziehung städtischer Ausbildungsbetriebe kann mehr Ausbildungskapazitäten schaffen. In städtischen Betrieben soll für je 10 Beschäftigte ein Ausbildungsplatz eingerichtet werden.

- Wir brauchen eine leistungsfähige Stadt, durch Ausbau des öffentlichen Dienstes, effektiv und bürgernah. Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten sind dafür die Voraussetzung. Verlängerung der Arbeitszeiten und Abbau der Einkommen gehen in die falsche Richtung und führen nur zu weiterem Arbeitsplatzabbau.

- Die Stadt muss Initiativen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich und zur Verbesserung der städtischen Dienstleistungen ergreifen

- Mittelständische Handwerks- und Gewerbebetriebe müssen durch sinnvolle kommunale Investitionen gefördert werden. Mit dem Ausbau der kommunalen Infrastrukturen werden die Voraussetzungen für weitere Arbeitsplätze geschaffen.

Um mehr Chancengleichheit der Geschlechter zu erreichen, braucht Fürth Frauen auch in den bisher von Männern besetzten Führungspositionen.

3. Fürths Zukunft braucht verbesserte Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.

Die Kinder- und Jugendhilfe darf nicht betriebswirtschaftlich kalkuliert und durchgeführt werden, sondern muss bedarfsorientiert und vorsorgend erfolgen.

In Fürth leben rund 20.000 Kinder. Zurzeit ist die Stadt von einer ausreichenden Versorgung mit Krippen- und Hortplätzen noch meilenweit entfernt. Es fehlen etwa 350 Kindergartenplätze. Der Bedarf an Krippen- und Hortplätzen größer. Es müssen kostenlose Ganztagsplätze mit Verpflegung für Alle angeboten werden können.

- Wir fordern neue Stellen. In den Kindertagesstätten soll durch zwei ErzieherInnen pro Gruppe die erforderliche pädagogische Qualität gewährleistet werden.

Jugendliche brauchen Räume, in denen sie sich verwirklichen können und nicht dem Zwang zu konsumieren ausgesetzt sind. Dies wird gerade mit steigender Kinder- und Jugendarmut immer wichtiger

Für Jugendliche muss es Möglichkeiten geben, sich in sozialen Beziehungen und demokratischer Entscheidungsfindung zu erproben. Es muss ihnen zugetraut werden, ein eigenständiges politisches Bewusstsein zu entwickeln, indem sie selbständig Projekte durchführen, oder einfach nur offen diskutieren können.

4. Fürth braucht gute Bildung für Alle

Mehr als zwei Drittel der Fürther Schülerinnen und Schüler absolvieren die Hauptschule. Für sie ist durch die soziale Auslese unseres antiquierten Schulsystems die Zukunft bereits frühzeitig vorprogrammiert. Gemeinsamen Unterricht für alle bis zur 10. Klasse und die Förderung des Pilotprojektes Ganztagsschule mit Mittagessen, sind ein Schritt zur Chancengleichheit.

- In den anderen Schulen soll der Übergang zwischen den Systemen vereinfacht werden. Kinder mit Migrationshintergrund brauchen Integrationsangebote, kostenfreie Deutschkurse und muttersprachlichen Unterricht nach Wahl.

- HauptschulabsolventInnen und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben besondere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Auch hier muss die Stadt aktiv werden.

- Die Zahl der ausländischen LehrerInnen ist gemäß dem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen.

- Die Elternbeiräte sind besser in die schulischen Belange einzubinden und mehr zu unterstützen.

- Studiengebühren und verdeckte Schulgebühren wie das Büchergeld lehnen wir ab.

- Die Volkshochschule muss ihren Auftrag der bezahlbaren Erwachsenenbildung leisten können – auch im Bereich der gewerblichen Berufe.

- Keine Jugendoffiziere, die an den Schulen für die Ausbildung bei der Bundeswehr werben.

5. Wir brauchen ein buntes Fürth – frei von Nazis und Rassismus.

Es muss alles für ein demokratisches Zusammenleben in unserer Stadt getan werden. Naziaufmärsche müssen verboten werden, antifaschistische Initiativen sind zu unterstützen. Infostände der Nazis sollten durch das Ordnungsam bekannt gemacht werden um Gegenprotest zu ermöglichen. Keine öffentlichen Gelder für Nazis *z.B. U-Bahn????*

Die Abschiebung von Flüchtlingen ist eine menschenverachtende Praxis, sie muss beendet, und die Lebensbedingungen von Asylsuchenden in Fürth verbessert werden. Das Ausreisezentrum am Hafen ist der Gipfel der Unmenschlichkeit.

Wir schließen uns dem Zitat von Bundespräsident Köhler an: „Deutschland hat die Integration verschlafen“. Wir wollen anfangen, das zu ändern. Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht länger benachteiligt bleiben. Rund 40.000 Fürther MitbürgerInnen, also 1/3 haben einen Migrationshintergrund oder sind ausländischer Herkunft. Sie sind **von Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen - mehr als zwei Drittel müssen von ALG II leben.**

- Wir fordern, dass sie im öffentlichen Dienst mindestens ihrem Bevölkerungsanteil gemäß Anstellung finden.

- Wir fordern das kommunale Wahlrecht für alle Fürther ohne deutschen Pass, wie es die EU-Bürger unter ihnen schon haben.

6. Fürth braucht attraktive Stadtteile und bezahlbaren Wohnraum

Mittel der sozialen Stadt müssen für den sozialen Wohnungsbau verwendet werden, der sich auch in der Miethöhe widerspiegelt. Menschenwürdiges Wohnen darf kein Luxus sein. Die Stadt braucht kommunales Wohneigentum, umweltgerechten und bezahlbaren Wohnraum Kultur- und Jugendzentren, Aktivspielplätze, mehr Grünanlagen und Grünanlagenpflege gehören zu einer sozialen Stadt. Sitzbänke, die zur öffentlichen Kommunikation einladen, gehören dazu.

Zwangsumzüge von ALG II-Betroffenen sind menschenunwürdig, verschärfen soziale Notlagen und belasten die Stadt langfristig. Die ARGE darf sich nicht länger dieser Praxis bedienen.

Es ist eines modernen Sozialstaates unwürdig, Menschen mit Obdachlosigkeit und Zwangsumzügen zu bedrohen,

wenn sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Familien müssen in der Stadt gut leben können, ohne sich für Generationen zu verschulden. Stadtplanung muss transparent und bürgernah orientiert sein.

- Wir fordern außerdem das Respektieren der Bauvorschriften nicht nur im grünen Westen, damit nicht wie am Ronhof geschehen, Bäume abgeholzt werden müssen.

- Bauanträge von BürgerInnen und BauträgerInnen müssen gleich behandelt werden.

Ein Bebauungsplan und ein Fürther Gesamtkonzept für geplante Einkaufszentren und sog. Nahversorgungszentren sind zu erstellen. Der Umbau von „Eckart Plaza“, einem Einkaufszentrum, dient nur dem Verdrängungswettbewerb und nicht der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und darf nicht durch die Stadt gefördert werden.

- Das ASV-West Gelände darf nicht bebaut werden

7. Fürth braucht ein „gläsernes“ Rathaus und Demokratie

Die Politik im Fürther Stadtrat muss wieder einer breiten Diskussion unterworfen werden. Die Praxis der undurchsichtigen Politik zwischen SPD, Grünen und CSU im Fürther Rathaus zerstört die kommunale Demokratie! Der Stadtrat darf nicht länger ein Geheimrat sein! Der Finanzplan muss transparenter werden.

Wir wollen Transparenz bei Vorstands- und Aufsichtsratsentscheidungen kommunaler Unternehmen sowie für die Einkünfte aus Vorstands- und Aufsichtsratsmandaten.

Fürth braucht neue Formen der kommunalen Mitbestimmung – auch bei Bürgerentscheiden von Fragen der Finanzierung wichtiger und teurer kommunaler Vorhaben.

Wir wollen eng mit Gewerkschaften, Bürgervereinen, außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen zusammenarbeiten und ihnen mehr parlamentarisches Gehör sowie besseren Zugang zu Informationen verschaffen.

8. Fürth braucht ökologische Nachhaltigkeit

Wir brauchen eine nachhaltige Umweltpolitik, die ökologische, wirtschaftliche und soziale Dimensionen berücksichtigt, damit wir und unsere Kinder noch eine intakte und lebenswerte Stadt vorfinden.

Umwelt- und Klimaschutz dürfen nicht, wie bisher, auf wenige und nur halbherzig unterstützte Projekte reduziert bleiben. Alle Bereiche müssen darin eingeschlossen werden. Entscheidungen sind nach Kriterien der Nachhaltigkeit, Schonung der Ressourcen und Klimaschutz zu treffen:

- durch Schutz des Stadtwaldes und des Altbaumbestandes in der Gemarkung Dambach, Ronhof und überall im Stadtgebiet.
- durch Begrünung der Straßen und mehr Bäume im Innenstadtbereich.